Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3765**

17. Wahlperiode 11. 11. 2010

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Oliver Krischer, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorbereitung Deutschlands auf Peak Oil und seine Folgen

Peak Oil, auch bekannt unter dem Stichwort globales Ölfördermaximum, ist der Zeitpunkt der weltweit aus geologischen und technischen Gründen höchst möglichen Erdölförderung. Ist dieser Punkt erreicht, geht die Förderrate allmählich zurück, was bei gleichbleibender oder wachsender Nachfrage nach Erdöl zu einem immer höheren Ölpreis führen wird.

Über den Zeitpunkt des globalen Peak Oil herrschen unterschiedliche Ansichten. Einige – wie die „Energy Watch Group“[1] – glauben, er läge bereits hinter uns, andere sehen ihn erst – wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)[2] – in zehn Jahren, und einige Ölgesellschaften in noch weiterer Ferne auf uns zukommen.

Aufsehen erregte deshalb eine Ende Juli 2010 fertiggestellte, jedoch offiziell noch nicht freigegebene Studie des „Dezernats Zukunftsanalyse“ im Zentrum für Transformation der Bundeswehr mit dem Titel „Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen“[3], die den Peak Oil mit einer „gewissen Wahrscheinlichkeit“ für das Jahr 2010 sieht. Globale sicherheitspolitische Auswirkungen erwartet sie allerdings erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 15 bis 30 Jahren. Dennoch konstatieren die Bundeswehr-Experten schon für die kommenden Jahre sowohl weltweit als auch für Deutschland erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsequenzen der unausweichlichen Ölverknappung. Ihr wesentliches Merkmal ist das mittelfristige Ende der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik, in deren Folge mit Versorgungsengpässen, einem wirtschaftlichen Bedeutungsverlust westlicher Industrieländer, mit humanitären (inklusive Hunger-)Krisen und geopolitischen Machtverschiebungen gerechnet werden muss.

Für die von Peak Oil geprägte Zukunft erwartet die Bundeswehrstudie „ein hohes systemisches Risiko […] in Anbetracht des Globalisierungsgrades Deutschlands […] unabhängig von der eigenen Energiepolitik“. Die betroffenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche wie Verkehr, Landwirtschaft, chemische und Automobilindustrie sowie sinkende Kaufkraft und die zu erwartende Transformationsarbeitslosigkeit werden eine Herausforderung darstellen. Deshalb sei es notwendig, sich von lokaler Seite aus Gedanken über die rechtzeitige Umgestaltung der Kommunen und Regionen zu machen.

[1] www.energywatchgroup.org
[2] www.wbz-ingelheim.de/fileadmin/user_upload/fna/Vortrag_KW_neu_Rempel.pdf
[3] http://peak-oil.com/peak-oil-studie-bundeswehr.php

Im Jahr 2005 hat der „Hirsch-Report“ des US-Departments of Energy (DoE)[4] in einer grundlegenden Studie die ökonomischen und technologischen Herausforderungen für Peak Oil analysiert. Er gelangte dabei für hochindustrialisierte Länder wie etwa die USA zu dem Schluss, dass ein „sanfter“, möglichst krisenfreier Übergang aus der Vor-Peak-Oil- in die Nach-Erdöl-Zeit eines gesellschaftlich und industriell umfassend geplanten und politisch gesteuerten Vorlaufs von mindestens 20 Jahren vor dem Erreichen des Peak Oil bedarf. Einige Großstädte und Regionen in den USA – z. B. Portland (Oregon) und San Francisco (Kalifornien) haben bereits mit legislativen und administrativen Vorbereitungen und unter offener Adressierung des Peak-Oil-Problems begonnen, sich systematisch auf die möglichen Folgen von Peak Oil auf lokaler bzw. regionaler Ebene vorzubereiten.

Auch wenn es unterschiedliche Einschätzungen über den Zeitpunkt von Peak Oil gibt, muss eine sachgemäße Darstellung der weltweiten Ölvorkommen die Endlichkeit unmissverständlich ausdrücken. Daher ist es Aufgabe der Politik, sich trotz bleibender Unsicherheiten darauf zumindest vorbereitend einzustellen, welches ein Gebot kluger Vorsorgepolitik ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Erkenntnisse der Peak-Oil-Studie des „Dezernats Zukunftsanalyse“ im Zentrum für Transformation der Bundeswehr zur Gänze oder in Teilen?

   In welchen Aspekten teilt sie die Erkenntnisse, in welchen die Schlussfolgerungen ausdrücklich nicht?

2. Welche Entwicklung des Erdölpreises erwartet die Bundesregierung in den nächsten Jahren?

   Teilt sie die Annahme des Gutachtens von der Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI), Prognos AG und Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH (GWS), dass der Preis für ein Barrel Öl auf 130 US-Dollar im Jahr 2050 steigt?[5]

3. Sieht die Bundesregierung im Falle steigender Ölpreise einen Einfluss dieser auf andere Energiepreise, wie Erdgas und Kohle und somit einen Preisanstieg für die Stromerzeugung aus fossilen Kraftstoffen?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Annahme der Studie, dass uns eine umfassende Transformation der Wirtschaftsstrukturen bevorsteht?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Marktposition der wenigen Ölförderstaaten zur Durchsetzung von Monopolpreisen?

6. Rechnet die Bundesregierung vor dem Hintergrund steigender Ölpreise mit höheren Investitionen in Exploration und Förderung von Öl?

7. Da die Mengenangaben über Ölreserven und -ressourcen auf Aussagen der ölfördernden Staaten basieren, wie schätzt die Bundesregierung die Verlässlichkeit der Zahlen ein, unter anderem vor dem Hintergrund, dass z. B. die OPEC seit Anfang der 80er-Jahre keine Einzeldaten mehr über ihre Ölquellen veröffentlicht hat?

---

[4] www.netl.doe.gov/publications/others/pdf/Oil_Peaking_NETL.pdf

[5] Vergleiche Tabelle Ü1: Numerische Annahmen und Ergebnisse des Referenzszenarios im Überblick (S. 17) www.bmwi.de/studie-energiezenarien

8. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung – ungeachtet ihrer Anstrengungen zur Implementierung erneuerbarer Energien – bisher unternommen bzw. gedenkt sie zu unternehmen, um Industrie und Gesellschaft unter Berücksichtigung der im „Hirsch-Report“ veranschlagten 20 Jahre Mindestvorlaufzeit systematisch auf eine Periode knappen und sprunghaft sich verteuernden Erdöls vorzubereiten, für das wahrscheinlich im erforderlichen Umfang kein gleichwertiger Ersatz geschaffen werden kann?

9. Befassen sich jenseits des Bundesministeriums der Verteidigung weitere Einzelressorts der Bundesregierung mit langfristig wirksamen, aber kurz- bis mittelfristig eintretenden Erdöl-Verknappungsszenarien, und falls ja, wie im Einzelnen genau?

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundeswehr- und anderer Expertenstudien im Einzelnen oder im Ganzen, dass ein Niedergang in der globalen Erdölgewinnung kurz- und mittelfristig zu wachsender geopolitischer Instabilität, zu Nahrungsmittelkrisen, zum Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige, zu größerer Verarmung und infolge all dessen zu sozialen Spannungen, zu Ressourcennationalismus und zur Krise der Handelsbeziehungen in den europäischen Ländern führen wird?

11. Gibt bzw. gab es in der Vergangenheit Studien und Planspiele im Verantwortungs- oder Beobachtungsbereich der Bundesregierung, vergleichbar etwa zum Krisenplanspiel „Oil Shockwave“ der US-amerikanischen gemeinnützigen Interessenverbände „National Commission on Energy Policy“ und „Securing America’s Future Energy“ im Jahr 2005, an der u. a. der frühere CIA Direktor Robert James Woolsey und der jetzige US-Verteidigungsminister Robert Michael Gates teilnahmen[6], die sich mit einer angespannten Erdölversorgungssituation aufgrund internationaler Konflikt- oder wirtschaftlicher Krisenszenarien befassen, und falls ja, welche?

12. Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um auf nationaler und auf europäischer Ebene Pläne und Mechanismen eines akuten sozialen, politischen und technischen Krisenmanagements zu entwerfen, falls die technologischen und/oder mengenmäßigen Voraussetzungen für Alternativen zum Erdöl nicht im erforderlichen Umfang beim Erreichen von Peak Oil bereitstehen?

13. Hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Versorgungssicherheit des Verkehrs und der Transportsicherheit vorgesehen, die über die 90-Tage-Öl-reserve hinausgehen?

14. Welche Konsequenzen von Peak Oil sieht die Bundesregierung im Bereich Wärme auf Deutschland zukommen?

    Gibt es Pläne oder Konzepte wie die Wärmeversorgung gewährleistet werden soll, insbesondere für einkommensschwächere Gruppen, welche einen möglichen Heizkostenanstieg nicht aus eigener Kraft tragen könnten?

15. Welche Auswirkungen von Peak Oil sieht die Bundesregierung auf die Chemiebranche zukommen?

    Gibt es Pläne wie – angesichts der großen Bedeutung von ölbasierten Düngemitteln für die Landwirtschaft – die Sicherheit der Nahrungsversorgung sichergestellt werden soll?

---

[6] Vergleiche „Outcome Grim at Oil War Game – Former Officials Fail to Prevent Recession in Mock Energy Crisis“, Washington Post, 24. Juni 2005 http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/06/23/AR2005062301896.html sowie in der WIKIPEDIA (engl.): „Oil Shockwave“

16. Glaubt die Bundesregierung im Lichte der Bundeswehrstudie und anderer Berechnungen zur Peak-Oil-Eintrittswahrscheinlichkeit mit der Leitvorgabe des „Nationalen Aktionsplans Elektromobilität“ bis zum Jahr 2020 eine Million und bis 2030 fünf Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen mit seinen derzeit ca. 46 Millionen Pkw bringen zu wollen, den sich aus den erwartenden Verknappungsszenarien resultierenden Problemen im Bereich Mobilität und Transport in zeitlicher und mengenmäßiger Hinsicht noch angemessen und vor allem zeitgerecht begegnen zu können?

17. Sieht die Bundesregierung sich veranlasst darauf hinzuwirken, dass alle mittel- und langfristigen Infrastruktur-, Investitions- und Entwicklungsvorhaben ab sofort unter der Maßgabe der mit Peak Oil verbundenen Treibstoffpreisentwicklungen und der mit diesen verbundenen sonstigen Preissteigerungen neu kalkuliert und in ihrer Relevanz ggf. neu bewertet werden?

    Wenn ja, welche Ergebnisse liegen hierzu bereits vor?

    Wenn nein, warum nicht?

18. Sieht die Bundesregierung sich veranlasst, auf Länder und Kommunen einzuwirken, in analoger Weise mit vergleichbaren Vorhaben in den jeweils betroffenen Resorts Peak Oil orientierte sachliche und kalkulatorische Neubewertungen von geplanten Vorhaben vorzunehmen?

    Wenn ja, in welchem Maße?

    Wenn nein, warum nicht?

19. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gegen die stark steigenden Ölpreise in Zusammenhang von Peak Oil bei Bürgern, Gemeinden, Handwerkern oder bei im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen?

20. Welche Maßnahmen – vergleichbar mit den Anstrengungen zur Informations- und Bewusstseinsbildung zum Klimaschutz des Staates – sind zum Thema „Öl-Förderrückgang“ vorgesehen oder schon in die Wege geleitet worden?

21. Ist der Bundesregierung der Abschlussbericht der „Enquetekommission des Landtags NRW zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen“ aus dem Jahr 2008 bekannt, und wenn ja, findet dieser Bericht Berücksichtigung bei der Auseinandersetzung der Bundesregierung mit dem Thema?

    Wenn ja, in welcher Weise?

    Wenn nein, warum nicht?

22. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, sich für die Verwirklichung des Vorschlags des britischen Erdölgeologen Colin J. Campbell einzusetzen, der für ein globales kooperatives Erdöl-Rationierungssystem plädiert, bei dem eine international abgestimmte Produktionsreduktion von Erdöl mit einer Verbrauchs- und Importreduktion korrespondiert und dadurch den erhofften Effekt erzielt, dass der Ölpreis zwar hoch, aber stabil und damit kalkulierbar bleibt?

    Wenn ja, in welchen konkreten Schritten?

    Wenn nein, warum nicht?

23. Steht die Bundesregierung mit ihren Partnern in der EU sowie mit anderen Regierungen – etwa in der OECD oder im Rahmen der G8-Treffen – in einem koordinierten Austausch- und Abstimmungsprozess über die Folgen von Peak Oil und über Fragen, die die Strategien der gemeinsamen Krisenbewältigung betreffen?

    Wenn ja, welche Beschlüsse wurden hierzu gefasst?

    Wenn nein, warum nicht?

24. Welches Potential sieht die Bundesregierung in der Förderung von sog. nichtkonventionellen Ölen (Teersande, Schwerstöle, …) vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Umweltbelastungen durch die Förderung?

25. Rechnet die Bundesregierung mit der Erschließung unkonventioneller, also bisher nicht wirtschaftlich erschließbarer Ölvorkommen in Deutschland und in Europa?

    Wenn ja, wann, wo und in welchem Ausmaß?

Berlin, den 11. November 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333